

Seite: 20 bis 20
Ressort: SONDERSEITE
Weblink: <http://www.gea.de>

Ausgabe: Hauptausgabe

Bürgerbeteiligung - Information oder Mitentscheidung? Wichtig sind in den Kommunen klare Spielregeln

Für jede Frage die richtige Methode

REUTLINGEN/MÜNSINGEN. Bürgerbeteiligung: In jedem Bürgermeisterwahlkampf, bei jeder Gemeinderatsliste spielt dieser Begriff inzwischen eine zentrale Rolle. Doch was ist gemeint? Ein in diesem Monat erschienen, übersichtlich gestaltetes Heft der Allianz für Beteiligung definiert Begriffe und mögliche Ansätze. Sein Titel: »Methoden und Praxisbeispiele für Bürgerbeteiligung in kleinen Städten und Gemeinden«. Denn für jeden Zweck, der durch die Einbeziehung der Einwohner erreicht werden soll, gibt es die passende Methode.

Für Gemeinderäte und andere Engagierte hilfreich und spannend sind neben den übersichtlich aufbereiteten Infos die Kontaktdaten und Zitate von allen Akteuren der vorgestellten Praxisbeispiele. Auch jede Menge Adressen für die vertiefte Beschäftigung mit dem Thema. Die Broschüre kann bei der Allianz für Beteiligung bestellt oder im Internet heruntergeladen werden. Hier ein Auszug:

Was ist Bürgerbeteiligung? Wählen, natürlich. Neben dieser grundlegenden demokratischen Beteiligungsform gibt es basisdemokratische Instrumente wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Ein viel weiteres Feld eröffnet die kooperative Beteiligung der Bürger bei Projekten oder Entscheidungen. Sie ist - mit der Ausnahme des Baurechts, wo eine Beteiligung der Öffentlichkeit vorgeschrieben ist - gesetzlich nicht geregelt.

Stufen der Bürgerbeteiligung. Information, Beratung, Mitentscheidung - Bürger können auf unterschiedliche Art und

in verschiedener Intensität einbezogen werden. Ob über ein Projekt lediglich informiert wird, ob die Bürger mitdiskutieren, Varianten bewerten und auf die Beratung Einfluss nehmen oder gar mitentscheiden dürfen, muss im Vorfeld für alle Beteiligten klar und deutlich festgelegt werden. Sonst ist Enttäuschung programmiert.

Befragung. Über eine Befragung können systematisch und mit vielen Beteiligten Wissenslücken zu Meinungen und Vorlieben geschlossen werden. Befragt werden können die Einwohner schriftlich (Papier oder Internet) oder mündlich (Interview). Form und Fragen müssen auf die Zielgruppe zugeschnitten sein. Der Zeitbedarf von der Planung bis zur Auswertung umfasst mindestens sechs Wochen.

Stärken-Schwächen-Sammlung. Mittels dieser Methode kann schnell eine Übersicht zu einer bestimmten Fragestellung geschaffen werden. Es werden positive und negative Merkmale oder verschiedene Teilaspekte des Themas zusammengetragen. Praktisch dabei sind Pinnwände, an denen viele Menschen zugleich arbeiten und ihre Stichworte auf Zetteln anheften können.

Zukunftswerkstatt. Das Kennzeichen von Zukunftswerkstätten ist die Unterscheidung der drei Phasen Kritik-, Utopie- und Realisierungsphase. Man beschäftigt sich wenig mit der Vergangenheit und sehr viel mehr mit der Frage, wie eine gute Zukunft gestaltet werden kann. Der dreistufige Ablauf hilft, das gemeinsame Problem zu verstehen, sich kreativ auf Leitbilder zu verständigen und für diese geeignete

und realistische Maßnahmen zu entwickeln. Eine Zukunftswerkstatt dauert mindestens einen, maximal drei Tage und eignet sich für 15 bis 50 Teilnehmer.

Runder Tisch. Ziel eines runden Tisches ist es, zwischen allen Teilnehmenden einen Konsens über eine präzise formulierte Fragestellung zu erarbeiten. Alle Gesprächspartner sind dabei gleichberechtigt und werden gezielt ausgewählt. Besonders bei strittigen Themen ist es wichtig, alle Interessenvertreter einzubeziehen. Sinnvoll ist ein Runder Tisch bis maximal 20 Teilnehmer, ohne professionelle Moderation geht's nicht.

Bürger(innen)rat. Ein Bürgerrat ist ein zufällig ausgewähltes Gremium, das zeitlich befristet zusammenkommt und für eine Frage, die der Gemeinde wichtig ist, ein gemeinsames Ergebnis erarbeitet. Der Bürgerrat setzt sich aus 12 bis 15 per Zufallsauswahl eingeladenen Menschen zusammen und arbeitet nicht-öffentlich. Die Ergebnisse werden dann - zum Beispiel bei einem Bürger-Café - öffentlich präsentiert und diskutiert.

Leitlinien für Bürgerbeteiligung. Leitlinien, Konzepte und Spielregeln für Bürgerbeteiligung machen transparent, wie alle Beteiligten des sogenannten kommunalen Kräftedreiecks - also die Bürger, der Gemeinderat und die Verwaltung - Beteiligung miteinander praktizieren möchten. Die Leitlinien werden im »Trialog« und auf die Situation in der Kommune angepasst erarbeitet und beschlossen. Sie begründen und unterstützen eine neue Beteiligungskultur. (GEA)

Urheberinformation: © 2016 Reutlinger General-Anzeiger

Seite: 20 bis 20
Ressort: SONDERSEITE
Weblink: <http://www.gea.de>

Ausgabe: Hauptausgabe

Bürger als Mitstreiter

Die Gemeinde als Dienstleister, mit den Einwohnern als Kunden? Dieses scheinbar moderne Bild ist schon wieder überholt. Die Kommune der Zukunft sieht ihre Bürger als Beteiligte, als wertvolle Mitstreiter auf Augenhöhe mit Verwaltung und Gemeinderat. Experten sagen: Nur wenn viele mitwirken und einbezogen sind, werden die gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte zu meistern sein

VON CHRISTINE DEWALD
HEILIGKREUZTAL/MÜNSINGEN.
»Die Zeiten der Trollinger-Beteiligung sind vorbei.« Trollinger-Beteiligung: Das waren die vom Bürgermeister einberufenen Stammtisch-Runden, bei denen einige handverlesene Einwohner bei einer Flasche Rotem ihre Meinung sagen durften. Heute muss Bürgerbeteiligung anders laufen - offener, differenzierter, verbindlicher. Das sagt Hannes Wezel aus langjähriger Erfahrung: zuerst als Leiter des Nürtinger Bürgertreffs und Geschäftsführer der dortigen Bürgerstiftung, heute als Referent von Staatsrätin Gisela Erler in der Stabsstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung der Landesregierung Baden-Württemberg.

Aber wie sieht gute Beteiligungspolitik aus? Was sind brauchbare Instrumente, um mehr Menschen in kommunale Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden? Und: Funktioniert das in kleinen ländlichen Gemeinden anders als in der Stadt? Mit diesen Fragen beschäftigten sich Vertreter aus Kommunen und Bürgerorganisationen unlängst bei einer Tagung in Heiligkreuztal. Organisiert wurde sie vom Staatsministerium, der Allianz für Beteiligung, dem Gemeinde-Netzwerk Bürgerengagement und Ehrenamt und dem K-Punkt Ländliche Entwicklung im Kloster Heiligkreuztal. Beteiligungs-Experten gaben dabei ganz praktische Tipps.

Das Wichtigste zuerst: Bürgerbeteiligung ist kein Renommierprojekt eines auf seine (Wieder-)Wahl schielenden Rathauschefs. Sie ist mehr und mehr lebensnotwendig für eine Gemeinde. »Es geht nicht mehr ohne Bürger. Sonst sind die Zukunftsaufgaben der Kommunen nicht mehr zu schaffen«, sagt Wolfgang Klenk von der Allianz für Beteiligung.

Ein schlagendes Beispiel: das Thema Flüchtlinge, bei dem Kommunen und Behörden ohne bürgerschaftliches Engagement komplett überrollt worden wären. Ehrenamtliche Asyl-Arbeitskreise noch in der kleinsten Gemeinde haben so passgenau, schnell und effektiv Unterstützung organisiert, wie keine Verwaltung das geschafft hätte.

Strukturwandel, demografische Entwicklung, Erhaltung von Lebensqualität bei knapper werdenden Ressourcen - das alles lässt sich nicht bloß »von oben« regeln, da müssen viele mitziehen. Klenk: »Da verändert sich das Bild von Politik und Verwaltung.«

Ein weiterer Kernsatz: Bürgerbeteiligung kostet, sie hilft aber auch sparen. Michael Pelzer, der als Bürgermeister seine bayerische Gemeinde Weyarn zur Vorzeigekommune für Beteiligung machte, hat es hochgerechnet: Für jeden investierten Euro kommen drei zurück. Geld ausgeben müssen Gemeinden etwa für eine professionelle Begleitung von Beteiligungsprozessen oder Arbeitskreisen, vor allem aber für eine Koordinierungsstelle in der Verwaltung. Dieses Scharnier zwischen Rathaus und Bürgern ist unverzichtbar, damit die Initiativen »von unten« nicht verpuffen.

»Die Politik muss Beteiligung wollen, die Verwaltung muss Beteiligung können«

Die Bürger stärker einzubinden bei Meinungsbildung und Entscheidung - das macht den Gemeinderat nicht etwa überflüssig, sondern erleichtert ihm die Arbeit. Als »Erweiterung und Ergänzung der repräsentativen Demokratie« sieht Gerhard Kiechle die Bürgerbeteiligung, deren Vorteile er aus verschiedenen Blickwinkeln beschreiben kann: als früherer Bürgermeister der Bürgerkommune Eichstetten und Dozent an der Verwaltungshochschule Kehl.

Nicht nur hat sich die Zahl der Aufga-

ben einer Kommune vervielfacht - auch ihr Selbstverständnis hat sich verändert. Die Obrigkeitskommune, in der Untertanen lebten, ist längst passé, aber auch die heutige Dienstleistungskommune mit den Bürgern als Kunden verschwindet nach und nach zugunsten einer Bürgerkommune, die ihre Einwohner als Beteiligte versteht. Bürgerkommune - auf diesem Weg sieht Kiechle allerdings erst vielleicht hundert von 1 100 Gemeinden in Baden-Württemberg.

Was es braucht, um Bürgerkommune zu werden? Zuerst einmal einen klaren Grundsatzbeschluss des Gemeinderats. Dann verbindliche Spielregeln, Leitlinien für die Bürgerbeteiligung. »Dies öffentlich zu diskutieren, erhöht die Akzeptanz«, ist der Rat des Praktikers. Wie wichtig es ist, Spielregeln klar und deutlich festzuschreiben und sich auch verbindlich dran zu halten, betonen übrigens sämtliche Beteiligungs-Experten. Nichts ist frustrierender für engagierte Bürger, als wenn ihre guten Ideen in einer Schublade verschwinden. Ernüchternd aber auch, wenn Bürger und Gemeinderat von unterschiedlichen Voraussetzungen ausgehen, wenn die einen gern mitentscheiden, die anderen aber bloß unverbindlich ein Meinungsbild hören wollen.

»Die Politik muss Beteiligung wollen, die Verwaltung muss Beteiligung können. Und die Bürger müssen Beteiligung wollen und können.« So sieht Gerhard Kiechle alle Seiten des Dreiecks Bürger-Politik-Verwaltung gefordert. Für die kommunalpolitischen Repräsentanten im Gemeinderat geht es zuallererst darum, ein Stück Macht abzugeben, auf Insiderwissen und Informationsvorsprung zu verzichten. Das fällt gerade in ländlichen Kommunen nicht leicht, wie Kiechle aus vielen Gesprächen weiß. Oft kommt noch die Befürchtung hinzu, Entscheidungsprozesse durch endlose

öffentliche Diskussionen in die Länge zu ziehen.
Dabei ist das klassische kommunalpolitische Verfahren - intern zu beraten und zu entscheiden und das Ergebnis dann öffentlich zu verteidigen - keineswegs ideal. »Es gibt gesellschaftliche Themen, die kann ich nicht mehr im stillen Kämmerlein entscheiden«, betont Gerhard Kiechle: »Das rächt sich. Und dann dauert's erst recht länger.« (GEA)

Urheberinformation: © 2016 Reutlinger General-Anzeiger

© PMG Presse-Monitor GmbH

Seite: 20 bis 20
Ressort: SONDERSEITE
Weblink: <http://www.gea.de>

Ausgabe: Hauptausgabe

ALLIANZ FÜR BETEILIGUNG

Die Allianz für Beteiligung ist ein unabhängiges Netzwerk von Akteuren in Baden-Württemberg, die sich für eine Stärkung von Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft einsetzen. Initiiert wurde sie von Staatsrätin Gisela Erler.

Ziel der Allianz ist, in Politik, Verwaltung und Wirtschaft ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass gesellschaftliche Herausforderungen mit Beteiligung von Bürgern besser gemeistert werden können. Bürgerinitiativen, Vereine und Ver-

bände können sich hier informieren.
(GEA)

www.allianz-fuer-beteiligung.de

Urheberinformation: © 2016 Reutlinger General-Anzeiger